

April 2009
Ausgabe 13
16. Legislatur

Südwest Grün

Rundbrief der baden-württembergischen
Grünen im Bundestag

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir befinden uns gleichzeitig in einer tiefen Wirtschaftskrise und einer handfesten Klimakrise. Jetzt heißt es „Aus der Krise lernen“ und „In der Krise steckt auch eine Chance“. Wir Grüne gehen weiter. Als einzige denken wir die beiden Krisen zusammen. Für uns ist klar: in der Krise steckt tatsächlich eine Chance - eine grüne Chance. Wir haben die Pflicht diese Chance zu nutzen und grüne Ideen konsequent umzusetzen. Denn wie haben wir es bereits bei der Handball WM gelernt: „Wenn nicht jetzt, wann dann?“

Dieses Motto gilt auch für uns, bezogen auf die kommenden Wahlen, die dieses Jahr auf uns zukommen. Nicht nur die richtungweisenden Bundestags- und Europawahlen, sondern vor allem auch die Kommunalwahlen, stehen im Ländle auf dem Programm.

Mit unserem aktuellen Südwestgrün, informieren wir über grüne Themen und aktuelle, politische Prozesse auf Bundesebene. Berichte aus den einzelnen Abgeordnetenbüros klären, wie gewohnt, sachlich auf, wie und wo wir politischen Themen unseren „grünen Stempel“ aufdrücken.

Kurzum wünsche ich Euch viel Lesefreude mit unserem kompakten Einblick in grüne, konstruktive Oppositionsarbeit und ein frohes Osterfest

Euer Alex Bonde

Vorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg



In dieser Ausgabe:

Kerstin Andreae
Seite 2

Biggi Bender
Seite 4

Alex Bonde
Seite 6

Uschi Eid
Seite 8

Winne Hermann
Seite 10

Sylvia Kotting-Uhl
Seite 12

Fritz Kuhn
Seite 14

Gerhard Schick
Seite 16

Impressum
Seite 18



Kerstin Andreae

Mitglied Wirtschaftsausschuss



Frauen und Karriere – es geht auch, aber längst nicht nur um bessere Kinderbetreuung

Seite 2

Eine überraschende Verwandlung zum Feministen schien Franz Müntefering durchzumachen, als er Frauenpolitik im Februar zum zentralen Bestandteil des SPD-Wahlkampfes erklärte. Die CDU zog kurz darauf mit eigenen Vorschlägen nach. Das kommt reichlich spät. Schon zu rot-grünen Zeiten ist das Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft an der SPD gescheitert. Stattdessen wurden freiwillige Selbstverpflichtungen mit der Wirtschaft vereinbart, die außer dicken Berichten nichts gebracht haben. Für diese Einsicht hat die Große Koalition Jahre gebraucht.

Dabei macht die Männerdominanz in den Vorständen der DAX-30-Unternehmen und die seit Jahrzehnten konstant hohe Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern regelmäßig Schlagzeilen, ohne dass darauf mehr als wolkige Worte der Empörung folgen. Demgegenüber steht eine Generation junger Frauen, die heute besser ausgebildet sind als je zuvor und ihre männlichen Altersgenossen in vielen Bereichen bereits überholt hat. Doch wenn sich jetzt nichts ändert, drohen auch sie an althergebrachten Strukturen zu scheitern. Das ist nicht nur für die Frauen ungerecht, sondern auch eine volkswirtschaftliche Verschwendung sondergleichen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist schon längst Gesetz und Frauen können sich genau wie Männer um Vorstandsposten bewerben. Die Ursachen, weswegen sie dennoch ein um 23 Prozent geringeres durchschnittliches Einkommen haben und selten die Karriereleiter bis ganz oben erklimmen, sind vielschichtig. Vom Minijob bis zur Vorstandsetage findet sich eine ganze Palette von Faktoren, die Einkommensunterschiede zementieren und Aufstiegschancen von Frauen einschränken. Es liegen genügend Instrumente auf der Hand, mit denen wir dagegen vorgehen können. So sind im Niedriglohnbereich vor allem Frauen beschäftigt.

Doch branchenspezifische Mindestlöhne lassen weiter auf sich warten. Frauentypische anspruchsvolle Arbeitsbereiche wie Sozialarbeit oder Erziehung werden auch im öffentlichen Dienst vergleichsweise viel zu schlecht bewertet. Hier sind die Tarifparteien gefragt: Sie müssen die Frage beantworten, warum eine Sozialpädagogin nach mehrjährigem Studium genauso bezahlt wird wie ein angelernter Müllwerker. Gerade die öffentlichen Arbeitgeber stehen hier in einer besonderen Verantwortung. Denn die Politik kann nicht von den Unternehmen Gleichstellungsmaßnahmen einfordern, aber in ihrem eigenen Einflussbereich die Hände in den Schoß legen.

Fehlende Betreuungsmöglichkeiten, aber auch überkommene Rollenbilder bilden noch immer ein zentrales Hindernis bei der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Karriere. Ein paar mehr Kindergartenplätze und flexible Arbeitszeiten sind keine ausreichende Antwort auf dieses Problem. So scheiden Frauen nach der Geburt eines Kindes im Durchschnitt immer noch für fünf Jahre aus dem Berufsleben aus. Durch diese langen Auszeiten verlieren sie den Anschluss im Unternehmen. Wenn sie dann zurückkehren, sind sie in Karriereleitern abgehängt. Arbeitgeber, die ein längeres Ausscheiden ihrer Mitarbeiterinnen fürchten, fördern eher die Karrieren der männlichen Kollegen. So stoßen selbst Frauen, die auf Kinder verzichten, früh an die berühmte „gläserne Decke“. Und fehlen dann in Aufsichtsräten, auf Professuren und in Unternehmensvorständen, weil sie noch immer aus Karrierewegen und Netzwerken ausgeschlossen werden. Erfolgreiche Einzelkämpferinnen reichen nicht, um daran langfristig etwas zu verändern. Auch eine Quote kann deswegen ein Mittel sein, um den Wandel zu beschleunigen. Doch das ist nicht das einzige sinnvolle Instrument: In Finnland sind Unternehmen längst verpflichtet, Gleichstellungspläne zu entwickeln, die Maßnahmen zur Bekämpfung von Lohnunterschieden und zur Gleichstellung enthalten.

Unternehmen, die für die Zukunft gerüstet sein wollen, müssen sich aktiv mit der Frage der Gleichstellung auseinandersetzen und klare Vereinbarungen treffen, wie sie zum Beispiel den Wiedereinstieg nach der Elternzeit für beide Seiten möglichst reibungslos gestalten wollen. Eine Unternehmenskultur, die wirklich familienfreundlich ist, bietet auch Beschäftigten Aufstiegschancen, die nicht Vollzeit arbeiten. Das nützt nicht nur Frauen, sondern auch Männern, die mehr Zeit mit ihren Familien verbringen wollen, ohne auf Karriereschritte zu verzichten.

Das sind alles keine Wohlfühlmaßnahmen, die sich die Unternehmen in der Krise nicht leisten können. Ganz im Gegenteil: Gerade in Krisenzeiten sind Kreativität und neue Ideen gefragter denn je. Doch die Innovationsfähigkeit deutscher Unternehmen leidet an der mangelnden Teilhabe von Frauen, wie der Innovationsindikator der Telekom-Stiftung belegt. Und nicht nur das: Unternehmensberatungen wie McKinsey und Catalyst legen Jahr für Jahr Studien vor, nach denen gemischte Führungsteams deutlich bessere Unternehmensergebnisse bringen als rein männliche Gruppen. Wo mindestens drei Frauen im Vorstand sitzen, steigen die Erträge nachweislich. Vielfalt nutzt den Unternehmen. Das klappt aber nur, wenn Frauen nicht schon in den unteren Etagen ausgebremst werden, sondern überall präsent sind. Weiter wie bisher kann es nicht mehr gehen. Denn der demografische Wandel verschärft die Problemlage. In Zeiten des Fachkräftemangels wird eine chancengerechte und familienfreundliche Unternehmenskultur zum entscheidenden Vorteil im Wettbewerb um die besten Köpfe. Bei fast der Hälfte aller Unternehmen in Deutschland steht in den nächsten Jahren außerdem ein Generationswechsel an. Töchter kommen dabei aber oft nur dann zum Zug, wenn es keine Söhne gibt.

Hier muss rechtzeitig umgedacht werden: Bei den Banken, in den Nachfolgeberatungen der Kammern und in den Chefetagen. Gesprochen wird schließlich schon seit Jahren. Klare gesetzliche Quoten für Aufsichtsräte, durchsetzbare Gleichstellungsvereinbarungen, echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine Bewertung von Arbeitsleistung, die auch pädagogische und kreative Leistungen anerkennt, müssen endlich Teil von Recht und öffentlicher Tarifpolitik werden.



Biggi Bender

Mitglied Ausschuss für Gesundheit und Soziales



Chaostage in der großen Koalition

Seite 4

Die negativen Folgen des Gesundheitsfonds

In der Gesundheitspolitik der großen Koalition regiert das Chaos. Der Gesundheitsfonds hat den Versicherten bislang vor allem höhere Beiträge beschert. Jetzt zieht die Bundesregierung die Notbremse. Um die Rückkehr zum alten Beitragssatz von 14,9 Prozent zu ermöglichen, will sie den steuerfinanzierten Bundeszuschuss aufstocken. 3,2 Mrd. Euro sollen in diesem und 6,3 Mrd. Euro im nächsten Jahr zusätzlich fließen. An der Finanzausstattung des Gesundheitsfonds und der Höhe der Zuweisungen an die Krankenkassen ändert sich dadurch aber nichts. Es werden lediglich Beitragsmittel durch Steuergelder ersetzt. Das zu erwartende Finanzloch im Gesundheitsfonds wird immer größer. Die Regierung räumt mittlerweile einen Fehlbetrag von mindestens einer Mrd. Euro ein. Das Defizit kann auf bis zu drei Mrd. Euro wachsen, wenn weitere rezessionsbedingte Ausfälle dazukommen. Das wird zum politischen Problem: Für 2009 gibt der Bund ein Darlehen, aber dann fehlen dem Gesundheitsfonds im nächsten Jahr nicht nur entsprechende Mittel für das Jahr 2010, sondern es müssten die Defizite von 2009 an den Finanzminister zurückgezahlt werden. Dann dürften viele Krankenkassen gezwungen sein Zusatzbeiträge zu erheben, die ausschließlich von den Versicherten zu zahlen sind. Oder die Regierung beschließt im Herbst 2009, den Beitragssatz für 2010 anzuheben, damit der Gesundheitsfonds flüssig bleibt. Bei jeder dieser beiden Alternativen stünde der Regierung unmittelbar vor der Bundestagswahl politischer Ärger ins Haus. Denn ob höherer Beitragssatz oder Zusatzbeiträge - in jedem Fall würden die Krankenversicherten die Zeche zahlen müssen und die könnten sich in der Wahlkabine revanieren. Statt das Problem zu beheben, verschiebt die Bundesregierung es in die Zukunft - nach der Wahl.

Sie spannt nicht für die Versicherten, sondern nur für sich selbst einen Rettungsschirm auf. Der Gesundheitsfonds soll das Darlehen des Bundes erst 2011 zurückzahlen müssen. So hofft die Regierung, Zusatzbeiträge herauszuzögern und eine Diskussion um höhere Beitragssätze vor der Bundestagswahl zu verhindern.

Zoff um Ärztehonore

Streit gibt es in der Koalition auch bei den Ärztehonoren. Mit der Reform wird die Bezahlung der ÄrztInnen zwischen Ost und West angeglichen. Bislang blieben vor allem die ostdeutschen ÄrztInnen hinter dem Einkommen ihrer westdeutschen KollegInnen zurück. Den ÄrztInnen in den Südländern Bayern und Baden-Württemberg war versprochen worden, keine Einbußen zu erleiden, deswegen erfolgte die Aufstockung des Honorartopfes um 3,5 Mrd. Euro. Die Befürchtungen in Teilen der Ärzteschaft, nach der Reform weniger zu verdienen, sind dennoch nicht unbegründet. Die neue Gebührenordnung vergütet ÄrztInnen mit wenigen, aber teuren Behandlungen schlechter als bisher.

Angesichts der Verwerfungen, die nun zu Protest führen, wäre es besser gewesen, die Reform schrittweise über mehrere Jahre hinweg einzuführen, wie wir das unter Rot-Grün mit der Vergütungsreform für die Krankenhäuser gemacht haben. Die nun nachträglich vereinbarte zweijährige Konvergenzphase ist richtig. Die Kassenärztlichen Vereinigungen und Kassen erhalten auf Länderebene die Spielräume, um überproportionale Honorarverluste einzelner Ärzteguppen zu vermeiden. In der Übergangsphase müssen die notwendigen Korrekturen von der Selbstverwaltung erarbeitet werden.

Der Protest verdeckt, dass die Honorarreform auf den Forderungen der Ärzteschaft aufbaut und von den ÄrztInnen gemeinsam mit dem unabhängigen Vorsitzenden des zuständigen Gremiums gegen die Krankenkassen beschlossen wurde. Viele Regelungen kommen ÄrztInnen bundesweit zugute. Die bislang floatenden Punktwerte werden durch fixe Gebühren ersetzt. Damit wird die Honorierung berechenbarer. ÄrztInnen werden in Zukunft nicht mehr durch Honorarabschläge bestraft, wenn in ihrer Region der Behandlungsbedarf der Versicherten durch den demografischen Wandel steigt.

CSU mit Gedächtnisverlust

Derweil versucht die CSU, ihre Mitverantwortung für den Gesundheitsfonds und die Folgeregulungen vergessen zu machen. Der Gesundheitsfonds sei bestenfalls eine „Zwischenlösung“, ist von Gesundheitsminister Söder zu hören. Schön zu hören – wenn die Alternative die von Seehofer einst gepriesene Bürgerversicherung wäre! Ist sie aber nicht. Die CSU will einfach den ÄrztInnen ermöglichen, bei PatientInnen beliebig abzukassieren. Solch billige Klientelpflege sollte sie wie bisher der FDP überlassen.

Echter Schutz vor Passivrauch erneut abgelehnt

Ende März ist unsere vierte parlamentarische Initiative zur Verankerung eines umfassenden Rauchverbotes im Arbeitsschutz an FDP, CDU/CSU und SPD gescheitert. CDU/CSU und FDP waren beim Schutz vor Passivrauchen schon immer die absoluten Bremser und verkauften dies als Freiheit. „Freier Qualm für freie Raucher“ lautet das Motto für den Schutzzaun um die RaucherInnen.

Die Mehrheit, die unter dem Qualm leidet, ist nicht im Blick. Bei der FDP ist die Freiheit in schlechten Händen! Auch das SPD-geführte Arbeitsministerium zog kräftig mit am Bremshebel. Dabei sind Teile der SPD einst mit großem Elan in die Debatte gestartet, haben aber inzwischen kapituliert. Es war ein trauriger Anblick, als sich die SPD bei ihrem eigenen Gruppenantrag zur Verankerung von Rauchverbote im Arbeitsschutz enthielt. So stelle ich mir politische Entschlossenheit nicht vor.

Erreicht haben wir Grünen, dass öffentliche Gebäude und Verkehrsmittel und der Bundestag größtenteils rauchfrei sind. Dass jedoch für Raucherräume keinerlei Vorkehrungen wie Be- und Entlüftung vorgeschrieben sind, um die Umgebung vor dem Qualm zu schützen, ist ein Skandal. Negativer sieht die Bilanz bei den Gaststätten aus. Hier erleben wir gerade einen massiven Rollback. Mit dem derzeitigen Regelungsgewirr erzeugt man doch erst den Widerstand der Bürgerinnen, auf den sich andere dann berufen.



Alexander Bonde

Mitglied Haushaltsausschuss



Nachhaltigkeit in der Krise

Seite 6

Im Februar reagierte die Bundesregierung mit der Einbringung des Nachtragshaushalts 2009 zwangsläufig auf die völlige Makulatur des erst im Dezember 2008 beschlossenen Haushalts 2009. Schon in den Haushaltsberatungen zum Haushalt 2009 hatte die Grüne Fraktion scharf kritisiert, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf unehrlich, unseriös und intransparent ist. Aber auch der von der großen Koalition verabschiedete Nachtragshaushalt 2009 ist trotz nun notwendig gewordener gewaltiger Korrektur immer noch nicht viel besser.

Gerade in der Krise sind die Prinzipien von Haushaltsklarheit und -wahrheit zentral. Diese werden von Steinbrück & Co sträflich vernachlässigt. Wir sehen Schattenhaushalte und versteckte Kassen statt Transparenz. Ein Beispiel ist das Bankenrettungspaket: Da werden Eigenkapitalmaßnahmen und Garantien bis zu 480 Milliarden Euro bereitgestellt – ohne dass sich davon auch nur ein Cent im Bundeshaushalt wiederfindet. Noch dazu geschehen diese Ausgaben völlig am Parlament vorbei, weil sich CDU/CSU, SPD und FDP auf ein Vorgehen geeinigt haben, dass ausschließlich von Seiten der Regierung durchgeführt wird. Das Parlament darf nur zuschauen. Im Rahmen des zweiten Konjunkturpaketes hat die Regierung ein Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ in Höhe von 16,9 Milliarden Euro aufgelegt. Auch davon findet sich kein Cent im Bundeshaushalt. Da wird in der Krise Schindluder getrieben mit dem Haushaltsrecht. Die Regierung wird bestimmt von der Furcht vor der Wahrheit. Dabei wäre gerade in der Krise Ehrlichkeit die erste Politikerpflicht.

Wir sehen jetzt unmittelbar die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt. Zum ersten Mal nach dem Krieg bleibt die übliche Frühjahrserholung aus. Die drei

wichtigsten Indikatoren des Arbeitsmarktes entwickeln sich negativ: Die Arbeitslosigkeit steigt, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nimmt ab, und die Arbeitskräftenachfrage geht weiter zurück. Der konjunkturelle Abschwung ist voll auf dem Arbeitsmarkt angekommen.

Wir Grüne hatten im Sommer des vergangenen Jahres davor gewarnt, den Arbeitslosenbeitrag weiter abzusenken. Durch ihren Milliarden-Murks beim Gesundheitskompromiss sah sich die Koalition gezwungen, zum Ausgleich der Erhöhung der Krankenkassenbeiträge den Arbeitslosenbeitrag abzusenken. Dafür verschiebt die Bundesregierung jetzt einen hochdefizitären Schattenhaushalt zur Bundesagentur für Arbeit (BA). Denn bisher hat die BA ein Finanzpolster von rd. 16,7 Mrd. Euro, das sie sich in den Boomzeiten anlegen konnte. Das schmilzt jetzt wie der Schnee in der Frühlingssonne. Spätestens Anfang 2010 wird der Bund der BA Steuermilliarden zu schieben müssen, damit die BA ihre Aufgaben weiterhin erfüllen kann. Aber das ist bei weitem nicht das einzige Risiko im Bundeshaushalt, das CDU/SPD unberücksichtigt lassen. Auch der Haushaltsansatz beim Arbeitslosengeld II ist viel zu niedrig. Für die dringend notwendige Erhöhung ist gleich gar nichts vorgesehen.

Stattdessen stellt die Bundesregierung nach den ersten 1,5 Milliarden Euro für eine ökologisch und ökonomisch schädliche Abwrackprämie weitere 3,5 Milliarden für die Verlängerung bereit. Damit wird veraltete Technologie subventioniert, statt innovative Mobilitätskonzepte ernsthaft zu unterstützen. Immerhin schämt sich die Regierung zumindest ein wenig und verdeckt mit einem Feigenblatt von 500 Millionen Euro für die Förderung von Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie ihre ökologische Blöße.

Natürlich kann man den dramatischen Einbrüchen nicht hinterher sparen und in dieser schwerwiegenden Wirtschafts- und Finanzkrise keine sofortige Konsolidierung der Haushalte verfolgen. Mit gezielten Investitionen müssen jetzt strukturelle Veränderungen und die ökologische Modernisierung der Wirtschaft angeschoben werden. Umso wichtiger wäre es gewesen, in den Zeiten des massiven Aufschwungs, die der Krise vorausgingen, endlich umzuschwenken auf eine nachhaltige Haushaltspolitik und für schlechte Zeiten voraus zu planen. Da wurden von der großen Koalition große Chancen verpasst: Die Steuereinnahmen nahmen zwischen 2005 und 2008 um über 50 Milliarden Euro im Jahr zu. Aber das großkoalitionäre Ausgabebeschafter verhinderte die qualitative Konsolidierung des Bundeshaushaltes, die der Politik jetzt in der Krise viele Möglichkeiten offengehalten hätte, mit intelligenten, ökologischen Programmen den notwendigen Umbau unserer Volkswirtschaft aktiv mit zu gestalten.

Ein Konjunkturprogramm, wie es Schwarz-Rot jetzt vorgelegt haben, hilft uns in dieser Hinsicht nicht weiter. Auf Pump werden da Milliarden für den Erhalt alter Industriestrukturen aufgewendet (Abwrackprämie) oder großkoalitionäres Politikversagen versucht zu verstecken (Senkung des Krankenkassenbeitrages, der erst durch die seit Januar 2009 in Kraft getretene Gesundheitsreform wesentlich angehoben wurde). Statt einer klaren, innovativ und nachhaltig orientierten Haushalts- und Wirtschaftspolitik, geht die große Koalition weiter im Krebsgang.

Auch für uns Grüne ist die Krise eine Herausforderung. Aber mit unseren zukunftsorientierten Ideen, mit Investitionen in Bildung und Forschung, in die Entwicklung ressourcen- und umweltschonender Produktionstechnologien und in soziale Gerechtigkeit könnten wir die Krise so

bekämpfen, dass mittel- und langfristig für unser Land mehr übrig bleibt als ein immens angewachsener Schuldenberg.

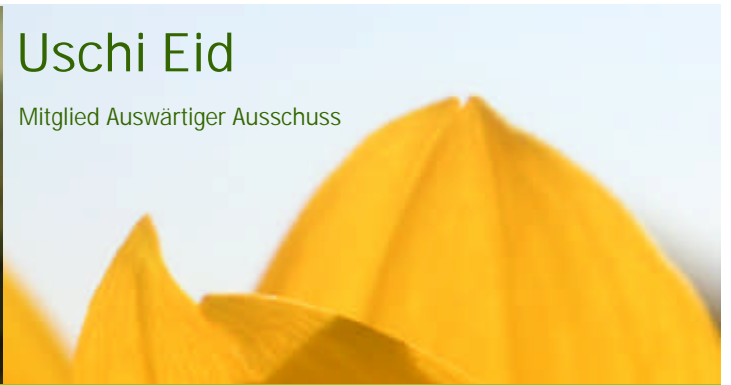
Wir Grüne wissen, dass Wachstum Grenzen hat und daher auch die Verschuldung, als Wette auf künftiges Wachstum, Grenzen unterliegen muss. Wenn die Krise überwunden ist, müssen wir den Schuldenberg stringent und zügig zurückführen. Auch wir Grüne müssen Ausgabenprogramme priorisieren. Unsere Staatsfinanzen dürfen nicht völlig aus dem Ruder laufen. Sonst bleiben keine Gestaltungsmöglichkeiten mehr, sondern nur noch Schuldendienst. Auch dürfen wir die Frage einer gefährlich hohen Inflationsrate nicht vernachlässigen, die durch die stark zunehmende Verschuldung drängender wird. Es liegt in unserer Verantwortung, auch in der Krise die Balance zu finden, die uns so bald wie möglich den Weg zurück auf einen nachhaltigen Pfad erlaubt. Deshalb muss man auch hart unrealistischen Versprechungen von Steuersenkungen entgegentreten. Sie sind unehrlich und wären das Ende jeglicher Finanzierbarkeit – Sozialabbau und Ende der Handlungsfähigkeit bei Zukunftsinvestitionen wären vorprogrammiert.

Wir können die Krise überstehen, wir können in der Krise stärker werden, wenn wir jetzt die dritte industrielle Revolution anstoßen, die ökologischen Märkte der Zukunft erschließen, Klima- und Konjunkturkrise zusammen denken und damit die Arbeitsplätze der Zukunft schaffen oder sichern. Wir setzen mit dem Green New Deal auf eine nachhaltige Orientierung, bei der die ökologische Modernisierung, Bildung und soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt stehen. Klima- und Umweltschutz sind keine Belastungen, sondern die Maßnahme für eine Wirtschaftsweise mit Perspektive.



Uschi Eid

Mitglied Auswärtiger Ausschuss



"Keine Scheuklappen vor Afrika"

Seite 8

Landnahme

Im Rahmen der Debatten um die Nahrungsmittelkrise kam zum ersten Mal in aller Deutlichkeit das Phänomen der Landnahme, auf Englisch „Land Grabbing“ ins öffentliche Bewusstsein. Ausländische Unternehmen oder Regierungen sichern sich per Pacht oder Kauf Teile der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche in Entwicklungsländern, um die darauf produzierten Erträge in ihren eigenen Ländern zu verkaufen: Japan in China und Brasilien, Indien in Burma, Ägypten in Uganda, China in Kasachstan, Mosambik und den Philippinen; der Hanco-Konzern aus Saudi-Arabien entlang des sudanesischen Nilllaufes, der südkoreanische Daewoo-Konzern in Madagaskar. Dies lässt Befürchtungen laut werden, dass in Entwicklungsländern die ökonomische Not kurzfristig über den Ausverkauf der eigenen Ländereien gelindert wird. Als eine der Ursachen für die Unruhen auf Madagaskar wurde auch der Protest der Bevölkerung gegen den Ausverkauf an Daewoo genannt. Auf meinen Antrag wurden im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages diese Vorgänge diskutiert. Obwohl sich - wie im Falle Madagaskars - herausstellte, dass die in der kritischen Öffentlichkeit gehandelten Zahlen weit übertrieben waren (so wurde behauptet, dass Daewoo 50 % der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen pachten wollte, obwohl es sich um 50 % der bis heute landwirtschaftlich genutzten Fläche handelt, was nur ca. 5-10% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche sind), werden Landpachten ein zunehmend größeres Problem. Und wir müssen uns dem stellen. In der Antwort auf meine Anfrage räumte die Bundesregierung ein, dass durch solche Landnahmen eine verschärfte Flächen- bzw. Ressourcenkonkurrenz und steigende Landpreise resultieren. Insbesondere die kleinbäuerliche Landwirtschaft kann

bei den vielfach unzureichend gesicherten Land- bzw. Landnutzungsrechten weiter marginalisiert werden und Kleinbauern ihre Existenzgrundlage verlieren. Kauf- und Pachtvorhaben in einer Größenordnung, die nicht auf lokale Verhältnisse abgestimmt sind, können zudem die Situation in Ländern mit bestehenden Land- und Landnutzungskonflikten weiter verschärfen. Allerdings können auf die lokalen Bedürfnisse gut abgestellte ausländische Investitionsvorhaben auch die Produktivität, Versorgung und Einkommenssituation in den Partnerländern verbessern. Wichtige Voraussetzungen sind grundsätzlich, dass Transparenz herrscht, eine öffentliche Debatte über solche ausländischen Käufe stattfindet, dass keine Tropenwälder oder andere wertvolle Biotope betroffen sind, keine genetisch verändertes Saatgut zum Einsatz kommt und keine Umsiedlungen, geschweige denn Enteignungen, durchgeführt werden.

Hutu-Extremisten in Baden-Württemberg!

Während zwei führende Mitglieder der FDLR (Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas, eine Organisation, die 1994 für den Völkermord an den Tutsis in Ruanda verantwortlich war und seitdem im Ostkongo an Gräueltaten beteiligt ist) – Ignace Murwanashyaka und Straton Musoni – völlig unbehelligt in Baden-Württemberg leben und von hier aus die Tutsi- und Ruanda-feindlichen Aktivitäten der Hutu-Miliz im Osten der Republik Kongo steuern, wird die Protokollchefin des ruandischen Staatspräsidenten, Kagame, bei ihrer Einreise auf dem Frankfurter Flughafen aufgrund eines mehr als fragwürdigen Haftbefehls des französischen Untersuchungsrichters Jean-Louis Bruguière verhaftet.

Viele Gründe sprechen dafür, dass sich Deutschland mit dieser Verhaftung zum nützlichen Idioten Frankreichs gemacht hat. Aber nicht nur das. Deutschland hat mit dieser Verhaftung an Glaubwürdigkeit verloren. Einmal, weil der im Badischen lebende Führer der Terrormiliz Murwanashyka, bisher nicht verhaftet wurde. Was nicht erst seit gestern ein Skandal ist. Obwohl gegen ihn seit November 2005 Reisebeschränkungen und Finanzsanktionen der UNO und der EU gelten, leitet er die Gruppierung, die ihre Aktionsbasis im Ostkongo hat und für schwerste Verbrechen im Ostkongo und Ruanda verantwortlich ist, weiterhin von Deutschland aus. Und zweitens, weil Deutschland und die EU sich mit dieser Aktion von der neutralen Rolle als Makler bei der Suche nach Frieden im Kongo und der gesamten Region der Großen Seen verabschiedete haben. Afrika rückt in der Überzeugung zusammen, dass das internationale Rechtssystem mit zweierlei Maß misst: Auf ihrem letzten Gipfel hat die AU sogar eine Resolution angenommen, die die Verfolgung afrikanischer Verbrechen durch europäische Justizsysteme ablehnt. Die Bundesregierung ist jetzt in der Pflicht, mit dafür zu sorgen, die UN-Resolution 1804 vom 31. März 2008, umzusetzen. Das heißt, sie muss Schritte zur sofortigen Entwaffnung der FDLR unternehmen und jegliche Unterstützung der FDLR von deutschem Staatsgebiet aus unterbinden.

Münchner Sicherheitskonferenz muss Afrika berücksichtigen

Die Münchner Sicherheitskonferenz war mit Spannung erwartet worden, da sich die neue US-Regierung dort zum ersten Mal in Bezug auf ihre außen- und sicherheitspolitischen Ansätze und Ziele äußern sollte. Enttäuschend war, dass die Organisatoren der Konferenz nicht den

erweiterten Begriff der menschlichen Sicherheit, wie er 2007 von der UNO vereinbart wurde, zum Ausgangspunkt machten. Demgemäß ist die menschliche Sicherheit bedroht in Kriegs- und Konfliktsituationen, aber auch bei ziviler Gewalt, organisierter Kriminalität, Piraterie, Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, Waffenschmuggel, Armut, tödlichen Infektionskrankheiten und Umweltzerstörung. Fast all dies findet sich auf dem afrikanischen Kontinent, weshalb es ignorant und ein großer strategischer Fehler, ja geradezu sträflich war, dass Afrika auf der Sicherheitskonferenz keine Rolle spielte. Ich war daher froh, dass die bayrischen Grünen parallel zur Münchner Konferenz zu einer ergänzenden Veranstaltung zu „Präventiver Sicherheitspolitik in Afrika“ eingeladen hatten. Ich konnte mit einer Grundsatzrede in das Thema einführen. Nach intensiver Diskussion waren sich die Teilnehmer einig, dass Deutschland und Europa Afrika in ihre außen- und sicherheitspolitischen Überlegungen einbeziehen müssen und eine gute Nachbarschaftspolitik mit dem Kontinent entwickelt werden muss. Aufgrund der globalen Herausforderungen reicht es nicht mehr aus, Afrika lediglich als Entwicklungshilfeempfängerkontinent zu behandeln. Es ist notwendig, Afrika in der Sicherheits-, Umwelt- und Abrüstungspolitik als internationalen Akteur ernst zu nehmen. Angesichts der ungeschützten Küsten und der Zunahme von Piraterie, der Tatsache, dass Westafrika zu einem riesigen Drogenumschlagplatz geworden ist, und dass Al-Kaida im Maghreb und in der Sahelzone ihr Unwesen treibt, muss Afrika als strategischer Partner bei der nächsten Münchner Sicherheitskonferenz vertreten sein!



Winne Hermann

Mitglied Sport- und Verkehrsausschuss



Es geht los: Themen für das Wahljahr 2009

Seite 10

Die „Umweltprämie“ ist eine Abwrackprämie und Strohfeuer

Die Bundesregierung hat mit dem Konjunkturpaket II 2009 eine so genannte „Umweltprämie“ beschlossen, die diesen Namen nicht verdient. Sie ist eine Abwrackprämie zur Ankurbelung des Neuwagenverkaufs. Nach der Vorgabe erhalten Altfahrzeugbesitzer, die ein mindestens neun Jahre altes Auto verschrotten und gleichzeitig einen Neu- oder Jahreswagen ab Euro-4-Abgasnorm kaufen einen staatlichen Zuschuss von 2.500 Euro (Gesamtvolumen 1,5 Mrd. Euro). Wir lehnen die Prämie ab, weil sie keine ökologische Konditionierung beinhaltet. Für den Kauf von Neuwagen wird eine Abgasnorm angewandt, die bereits ab September 2009 veraltet sein wird. Auf Vorgaben zur CO₂-Begrenzung wird sogar gänzlich verzichtet. Wir haben in einem Entschließungsantrag klar gestellt: wenn schon eine „Abwrackprämie“, dann muss sie dringend nachgebessert werden: Neben strengen CO₂-Richtwerten für den Neuwagenverkauf sollten auch alternative Mobilitätsangebote (z.B. ÖPNV, Fahrrad, Car Sharing und innovative Verkehrsträger wie Elektroroller) gefördert werden. Überdies sollte auch auf eine weitere Aufstockung der Mittel für die Abwrackprämie, wie von Teilen der Automobilindustrie gefordert, verzichtet werden. Die Prämie ist auch wirtschaftspolitisch Unsinn, denn nach dem Erschöpfen der Mittel wird die Nachfrage nach Neuwagen grandios einbrechen. Die Autokrise wird hier nicht wirksam bekämpft, sondern lediglich vertagt.

Kfz-Steuerumstellung ohne Klimaschutz-effekt

Nach jahrelangem Hin und Her wurde jetzt die Kfz-Steuer gegen Entschädigung der Länder im Rahmen der Föderalismuskommission zur Bundessteuer transformiert.

Eine Umwandlung zur Klimasteuer aber ist vollkommen misslungen. Die Koalition verabschiedete einen bürokratischen Murks aus Hubraum und CO₂-Besteuerung ohne ökologische Lenkungswirkung. Wir wollen mit einer CO₂-basierten Kfz-Steuer ökologisch wirksam lenken (vgl. Antrag Bundestagsdrucksache 16/8538). Je mehr CO₂ ein Neuwagen ausstößt, desto höher soll der Steuersatz sein. Wir wollen also einen progressiven Verlauf des Steuersatzes. Dabei werden schwere Spritschlucker deutlich höher besteuert.

Insgesamt fällt die Klimabilanz der Konjunkturmaßnahmen im Verkehr miserabel aus: Viel Autoförderung wenig Klimaschutz! Die Umstellung der Kfz-Steuer bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Auch mit dem Konjunkturpaket I (Dezember 2008) wurde, ohne Berücksichtigung der spezifischen Emissionen, beim Neuwagenkauf ein Steuernachlass gewährt: Mit diesen ökologisch falschen Anreizen führt die Bundesregierung ihre Klimapolitik ad absurdum. Die Koalition setzt auf Besitzstandswahrung für die Premiumklasse, statt auf Innovation und Erfolg auf den wichtigen Zukunftsmärkten. Dabei wird letztlich die Sicherung der Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt. Wir meinen: Ehrgeiziger Klimaschutz ist der einzige, zukunftsweisende Weg aus der Wirtschaftskrise, auch aus der Krise der Automobilindustrie. Während Präsident Obama 80 Mrd. US-Dollar aus dem US-amerikanischen Konjunkturpaket in den Umweltschutz investiert und die Hersteller auf sparsame Autos verpflichtet, wird die deutsche Autoindustrie für verfehlte Produktpolitik noch belohnt. Eine solche Pseudo-Reform ist Täuschung!

Bahn-Datenskandal: Verschleierung, Verharmlosung, Aktenvernichtung?

Im Januar 2009 wurde bekannt, dass die Deutsche Bahn AG massenhafte Abgleiche von Mitarbeiterdaten mit Daten von Lieferantenfirmen vorgenommen hat. Inzwischen musste die sie unter massivem öffentlichem Druck insgesamt fünf derartige Massenscreenings zugeben und kann auch nicht mehr ausschließen, dass es beim Einholen von Informationen durch „beauftragte Dienstleister“ zu Gesetzesverstößen gekommen ist. Es fehlen maßgebliche Unterlagen und selbst Aktenvernichtungen können nicht mehr ausgeschlossen werden.

Doch Bahnchef Mehdorn will von alledem nichts gewusst haben. Die Wahrheit kommt immer nur scheibchenweise über Dritte ans Licht. Während das öffentliche Misstrauen wächst, sind Aufklärungsbereitschaft und Einsichtsfähigkeit bei der DB AG eher Fehlanzeige. Statt zu informieren, werden Parlament, Belegschaft, Öffentlichkeit und Kontrollgremien offenbar weiter hinters Licht geführt. Damit ist aus unserer Sicht die Glaubwürdigkeit der Bahnführung endgültig zerstört.

Angesagt ist jetzt entschlossenes Handeln, um weiteren Schaden von der Deutschen Bahn abzuwenden. Neben Bahnchef Mehdorn müssen alle Mitverantwortlichen für den Datenskandal in der Führungsetage der DB AG entlassen werden.

Die Bundesregierung muss zudem prüfen, ob der Aufsichtsrat seiner Verantwortung gerecht wird und ob sie dort von den richtigen Personen vertreten wird. Da Bundesverkehrsminister Tiefensee den Schrecken ohne Ende bei der Deutschen Bahn nicht beendet, ist nun die Bundeskanzlerin Merkel selbst gefragt zu handeln!

Fußball: Diskriminierung und Gewalt thematisieren – Bürgerrechte der Fans stärken

Keine Frage: Fußball ist in Deutschland die beliebteste Sportart. Trotzdem dürfen wir die Augen vor Fehlentwicklungen nicht verschließen. Fußball entfaltet per se eben nicht immer eine integrative Wirkung. Diskriminierende Äußerungen und auch gewalttätige Auseinandersetzungen sind leider immer wieder an der Tagesordnung. Die Bundestagsfraktion hat jetzt einen Forderungskatalog aufgestellt, der Lösungswege aufzeigt (BT-Drucksache 16/12115). Parallel dazu führen wir eine Veranstaltungsreihe durch, bei der wir mit Vertretern von Vereinen und Faninitiativen die unterschiedlichen Probleme diskutieren. Siehe auch: http://www.gruene-bundestag.de/cms/rechts/extremismus/dok/253/253708.rote_karte_fuer_gewalt_und_intoleranz_im.html

Für den Juni ist eine Abschlussveranstaltung unserer Bundestagsfraktion in Berlin geplant.

Für uns steht fest: Fan-Initiativen sind ein wichtiger Bestandteil der Fußballkultur und sollen ihren wichtigen Beitrag zu einem gewaltfreien und toleranten Miteinander bringen können.



Sylvia Kotting-Uhl

Mitglied Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit



So fern und doch so nah!: Der Asse-Skandal erreicht Baden-Württemberg

Seite 12

Das Desaster im niedersächsischen Atomlager Asse interessierte in Baden-Württemberg bis vor kurzem wenig. Zu Unrecht. Immer deutlicher wird, dass das Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK) und das Atomkraftwerk Obrigheim bei den undurchsichtigen Vorgängen um die Einlagerung von Atommüll eine treibende Rolle spielten. Die skrupellose Schädigung der Umwelt hat sich für die Atomgemeinde gut rentiert.

Das Atommüllforschungsendlager Asse II in der Nähe von Braunschweig hat großes Potential. Allerdings nicht als Atommülllager. Da hat es nur angedichtetes Potential. In Wahrheit war das ehemalige Salzbergwerk zu keinem Zeitpunkt zur Aufnahme von Strahlenmüll geeignet. Jetzt, wo es durch Laugenzufluss durchlöchert wird und Teile der Kammern einzubrechen drohen, lässt sich das Desaster nicht mehr leugnen.

Das wirkliche Potential der Asse besteht darin, zum Symbol für die Unzuverlässigkeit der Atomtechnik samt ihrer Betreiberschaft zu werden. Mit dem offensichtlichen Scheitern dieses Projekts beginnt jetzt auch der Damm der Verschwiegenheit zu brechen, der Informationen über den Cocktail aus lebensfeindlicher Techniklinie, Raffgier und Trickseriei bislang im exklusiven Kreis der Atomgemeinde beließ.

Beteiligt an dem Desaster sind nicht irgendwelche untere Chargen der Atomwirtschaft. In dem Stück tritt fast das gesamte Obermanagement der deutschen Atomwirtschaft auf. Hier nur ein Beispiel: der sogenannte Endlagerpapst Prof. Dr. Klaus Kühn, urteilte, die Gefährdung durch Laugeneinbrüche in der Asse sei „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auszuschließen“. Das galt dann als das unangreifbare letzte Wort der Wissenschaft.

Als 1988 die Lauge kam, hatte die Ewigkeitsgarantie des großen Wissenschaftlers zwar nur wenige Jahre gehalten, der Salzstock aber war inzwischen zum Atomlager mutiert.

Es fehlt hier der Platz, die zahlreichen Monstrositäten weiter darzustellen. Ihr könnt die Elemente des Skandals auf meiner Homepage (<http://www.kotting-uhl.de/>) nachlesen. Inzwischen haben auch große Medien die Brisanz des Falles erkannt. Empfehlen möchte ich die Panorama-Sendung vom 5. März (Atomlager Asse- der große Forschungsschwindel <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/panoramaasse100.html>) und die Artikel in Spiegel-online (ATOMMÜLL-ENTSORGUNG - Asse war als AKW-Endlager ausgewiesen <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,612027,00.html>) und taz (Der Asse-Salzstock - Das heimliche Endlager <http://www.taz.de/1/zukunft/umwelt/artikel/1/das-heimliche-endlager/>)

Baden-Württembergische Atommitmischer

Die Asse ist weit weg von Baden-Württemberg. Trotzdem wird sie nun Thema der Landespolitik. In dem undurchsichtigen Geflecht um die Atommüll-Entsorgung hat die baden-württembergische Atomgemeinde mindestens auf folgenden Ebenen eine üble Rolle gespielt:

Sie hat Einfluss und Druck ausgeübt, damit die Bundesregierung sich für die Einrichtung des Forschungsendlagers Asse so schnell wie möglich entschied. Interessant für die Atomlobby war dabei nicht die Forschung sondern die billige Entsorgungsmöglichkeit für den Strahlenmüll.

Mit der Wiederaufarbeitungsanlage (WAK) wurde in Karlsruhe auf Druck der Lobby eine Möglichkeit geschaffen, den kommerziellen Atommüll „der Forschung zuzuführen“ und so gigantische Entsorgungskosten der Öffentlichkeit aufzubürden. Die Karlsruher WAK hat zwar keine funktionierende Technik hervorgebracht, aber als Atom-müll-Waschanlage war sie für die Atomwirtschaft unbezahlbar.

Sie hat Asse mit baden-württembergischem Atommüll gefüllt. Drei Viertel des radioaktiven Inventars kommen aus Baden-Württemberg, oft über die Zwischenstation WAK: Fast zwei Drittel stammen aus dem alten Schrottmel-ler in Obrigheim. Weitere 8 Prozent kamen aus dem AKW Gundremmingen. Insgesamt stammen 74 Prozent des radioaktiven Inventars aus kommerziellen Atommeil-ern. Weitere 10 Prozent des Asse-Strahlenmülls wurden im Karlsruher MZFR-Reaktor produziert.

Obwohl nur Forschungslager, diente Asse II baden-württembergischen AKWs als Entsorgungsnachweis. In Genehmigungsbescheiden für das AKW Neckarwestheim 1 und Philippsburg wird Asse ausdrücklich als Endlager genannt.

Aktuell macht sich die Atomlobby im Ländle stark dafür, das verhängte Gorleben-Moratorium zu beenden und ohne vergleichende Standortsuche den Müll endgültig möglichst weit weg vom Entstehungsort zu versenken.

Wir Grünen sind Anhänger des Verursacherprinzips. Zweierlei Schlussfolgerungen drängen sich durch den Asse-Skandal auf: Das Salzlager Asse war der Test für das Salzlager Gorleben. Schlimmer kann ein Test kaum schiefgehen.

Ergo: das Moratorium für Gorleben muss verlängert werden, bis die Vorgänge um Asse aufgeklärt sind und eine vergleichende Endlagersuche erste Ergebnisse zeigt. Dabei muss das Wirtsgestein Salz mit den Wirtsgesteinen Granit und Ton verglichen werden. Letzteres liegt z.B. in Baden-Württemberg. Die Haltung der Oettinger-Regierung „Atomkraft ja bitte – Atommüll nein danke“ ist jedenfalls zutiefst unehrlich.

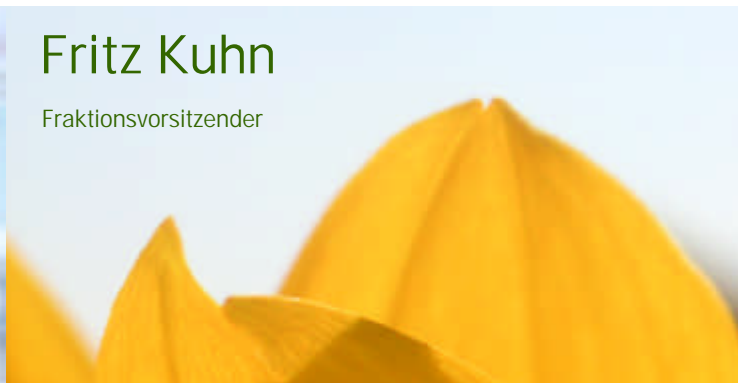
Der Billigentsorgung auf Kosten der SteuerzahlerInnen muss beendet werden. Die AKW-Betreiber haben für den nach Asse gelieferten Atommüll weniger als 6 Millionen DM Gebühren bezahlt. Das ist lächerlich, allein die Sanierung der Asse wird nicht unter 2 Milliarden Euro zu haben sein – bei Rückholung des Mülls wird sie noch deutlich teurer. Die Sanierung von Morsleben kostet eine ähnliche Summe und der Abbau der WAK wird noch kostspieliger. Wir wollen dass die Atomwirtschaft für ihren Müll selber zahlt. Unsere Vorschläge: Eine Brennelementesteuer auf Uran, die Übernahme der Entsorgungs-Rückstellungen in die öffentliche Hand und die Aufhebung des Haftpflicht-Privilegs für AKWs.

Ich habe EnBW im Februar aufgefordert, sich wegen ihrer treibenden Rolle bei der Asse und den in diesem Zusammenhang entstandenen Extra-Profiten an den dortigen Sanierungskosten zu beteiligen. EnBW-Chef Hans-Peter Villis hat geantwortet: „Die EnBW und ihre Vorgängerunter-nehmen haben ihrerseits alle ihre Verpflichtungen erfüllt. Ein rechtlicher Anspruch gegen EnBW besteht nicht“. Zu einer moralischen Verpflichtung schweigt Villis. Kämpfen wir dafür, dass bei den Wahlen im Herbst Mehrheiten entstehen, durch die sich die Energiemonopolisten nicht weiter auf Kosten der Gesellschaft bereichern können.



Fritz Kuhn

Fraktionsvorsitzender



Wirtschaftskrise – Wo ist die Regierung? Jetzt ist Zeit für grüne Ideen!

Seite 14

Avanti dilettanti

Was die Große Koalition in den letzten Wochen bei der Bearbeitung der Wirtschafts- und Finanzkrise abliefern, ist ein einziges Trauerspiel. SPD und CDU/CSU werden ihrer Aufgabe, das Land umsichtig und zielgerichtet in diesen schwierigen Zeiten zu führen, nicht gerecht. Wie dramatisch die Lage ist, lässt sich beinahe wöchentlich u.a. daran ablesen, wie die Tagesordnung der Kabinettsitzung aussieht – oder vielmehr daran, was dort nicht behandelt wird. Die CDU/CSU-Fraktion versenkt die vereinbarte Lösung bei den Jobcentern und lässt damit Hunderttausende Arbeitslose vor Ort und die Beschäftigten der Jobcenter im Regen stehen. Um die Bekämpfung von Steueroasen tobt ein wochenlangender Streit, weil die Union sich harten Schritten verweigert. Und bei der Begrenzung von Managergehältern konnten sich Steinbrück und zu Gutenberg lange Zeit nicht einigen, um dann einen Kompromiss vorzulegen, der deutlich hinter den Erwartungen zurückbleibt. Es fehlt ein klarer Kompass, der die Richtung des Handelns vorgibt.

Ein Täuschungsmanöver der besonderen Art legt in diesen Wochen die FDP hin: Sie versucht ihre alten Rezepte – die maßgeblich zur Krise beigetragen haben – als neue Ideen und als Lösungen der Probleme zu verkaufen. Das dürfen und das werden wir den Herren Westerwelle & Co. nicht durchgehen lassen! Eine Partei, die staatliche Eingriffe in die Wirtschaft stets abgelehnt und – wo möglich – blockiert hat, will uns nun weismachen, dass die Ursache der Krise kein Marktversagen, sondern einzig Staatsversagen gewesen sei. Es ist skandalös, wie die FDP die von ihr betriebene Politik von jeglicher Verantwortung rein waschen will. Noch abenteuerlicher ist das Rezept der FDP gegen die Krise: Steuersenkungen! Gleichzeitig will sie jede Form der Staatsverschuldung am liebsten verbieten.

Das ist nicht nur unglaublich, sondern zeugt von völlig fehlendem Verantwortungsbewusstsein. Wer jetzt Steuersenkungen fordert, muss sagen wie er Zukunftsaufgaben etwa im Bildungsbereich finanzieren will.

Fehlgriff Wirtschaftsrettungsschirm

Wir Grüne haben schon vor geraumer Zeit gesagt: Der eilig beschlossene Wirtschaftsschirm wäre überflüssig, wenn der Bankenrettungsschirm funktionieren würde, denn dieser sollte schließlich die Kreditversorgung der Wirtschaft sicherstellen. Aber auch die ganze Konstruktion des neuen Schirms ist fraglich: Hier drohen Chaos und Willkür. Wie wird entschieden, ob ein Unternehmen nur aufgrund der Finanzkrise in Probleme geraten ist und nicht einfach die falschen Produkte hat? Hinzu kommt: Die Bundesregierung zielt mit ihren Kredit- und Bürgerschaftsprogrammen unverhältnismäßig stark auf Großunternehmen (15 Mrd. Euro für den Mittelstand, aber 100 Mrd. Euro für Großunternehmen). Und dies, obwohl 99% der deutschen Unternehmen zum Mittelstand gehören und dort auch die meisten Menschen arbeiten. Am Ende bleibt: Wenn die Regierung ihre Hausaufgaben machen und bestehende Instrumente richtig konstruieren bzw. entsprechen korrigieren würde, dann müsste sie nicht ständig nachbessern und neue „Schirme“ aufspannen.

Opel: Hilfe ja, aber nicht um jeden Preis

Ein Dauerthema ist der Umgang mit der Krise bei Opel. Auch hier zeigt sich: Die Regierung kann es nicht. So ist die Benennung von Roland Berger als Koordinator der Opel-Rettung höchst problematisch. Zum einen sitzt Berger im Aufsichtsrat des Opel-Konkurrenten Fiat und hat

damit einen klaren Interessenkonflikt. Zum anderen werden durch die Einsetzung (wieder einmal) die demokratisch gewählten Gremien umgangen und die Bundesregierung selbst schiebt ihre originäre Verantwortung anderen Akteuren zu. Daneben gibt der Wirtschaftsminister im vorliegenden Falle vor, mehr zu können, als es wirklich der Fall ist. Bunte Fotos auf dem Times Square in New York reichen eben nicht aus: Das Ergebnis seiner Reise in die USA ist äußerst dürftig.

Dabei ist es natürlich richtig, sich für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Opel und den Zulieferern einzusetzen. Die Rettung kann aber nicht um jeden Preis erfolgen. Blankoschecks oder blinden Hilfen an Opel wird es nicht geben. So herrscht auch bei uns große Skepsis, ob es ein tragfähiges Zukunftskonzept der Firma gibt. Zudem existieren im Automarkt große Überkapazitäten. Und die deutschen Autobauer haben noch dazu den Aufbruch in die Zukunft sparsamer Fahrzeuge und Elektroautos verschlafen. Für Opel gilt: Eine Staatsbürgerschaft am Unternehmen kann zum jetzigen Zeitpunkt eine kurzfristige Hilfsmaßnahme sein. Sie darf aber keine Dauerlösung werden, sondern muss zeitlich befristet sein und ein realistisches Ausstiegsszenario enthalten.

Angesichts der diversen Konjunktur- und Hilfsprogramme in den EU-Staaten sowie den hiesigen Bürgschafts- und Kreditprogrammen besteht die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen. Fest steht: Es dürfen keine Firmen auf Staatskosten erhalten werden, deren Probleme nicht allein der Finanzkrise zu verdanken sind – strukturelle Schwierigkeiten muss der Markt lösen, nicht der Staat. So müssen klare Bedingungen für staatliche Hilfen bei Opel erfüllt sein:

Es muss sichergestellt sein, dass nicht mehr als die offenbar notwendigen rund drei Mrd. Euro Steuergelder zur Verfügung gestellt werden. Opel muss zu einem eigenständigen Unternehmen werden, das unabhängig von der Entwicklung beim Mutterkonzern GM zukunftsfähig ist. Auch wenn GM eine Minderheitsbeteiligung bei Opel wegen der Patente behält, dürfen staatliche Mittel aus Deutschland nicht in die USA abfließen. Das Unternehmen braucht eine klare Zukunftsstrategie für umweltfreundliche Modelle. Die Suche nach einem Investor, der ein strategisches Interesse an einem Autokonzern hat, muss intensiv fortgesetzt werden.

Mit grünen Ideen aus der Krise

All' dies macht deutlich: Einen Ausweg aus den gegenwärtigen Problemen gibt es nur mit klarem Kompass und mit grünen Ideen. Wir bleiben überzeugt, dass es richtig ist, die Wirtschafts- und die Klimakrise gemeinsam zu denken und zu bearbeiten. Deshalb setzen wir auf einen grünen New Deal mit nachhaltigen Investitionen in Klima, Bildung und Gerechtigkeit. Weil in diesen Bereichen ohnehin investiert werden muss und weil wir damit unser Land ökologisch und sozial erneuern können.

Weitere Informationen zu den angesprochenen Themen gibt es unter www.gruene-bundestag.de > „Themen A-Z“ > „Wirtschaft“ sowie unter „Themen A-Z“ > „Finanzen“



Gerhard Schick

Mitglied Finanzausschuss



Steuerflucht: Erste Schritte auf einem noch langen Weg

Seite 16

Die Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg, Österreich, die britische Kanalinsel Jersey – wie Dominosteine fallen immer mehr europäische Steueroasen und erklären, ihr bislang streng gehütetes Bankgeheimnis aufzuweichen, das nicht selten Steuerhinterziehung auch deutscher Bürger erleichtert hat. Der Fall Zumwinkel ist dabei nur der prominenteste.

Vorschnelle Euphorie ist aber leider völlig fehl am Platz: Denn erstens kommt es darauf an, wie sich diese Ankündigungen in konkreten Abkommen niederschlagen und wie dann deren Umsetzung aussieht. Papier ist geduldig, und so zählt für die Frage, ob deutsche Steuerpflichtige auch weiterhin diese Staaten zur Steuerhinterziehung nutzen, allein die Umsetzung in der Praxis. Und zweitens verlangen die OECD-Standards – deren Einhaltung diese Staaten nun angekündigt haben – lediglich den Austausch von steuerlichen Informationen auf Ersuchen des Auslands im Einzelfall. Im Normalfall wissen aber die Steuerbehörden nicht, wen sie in welcher Steueroase suchen sollen.

OECD-Standards sind nicht genug

Beispiel Jersey: Gerade hat die Bundesregierung mit diesem Steuerparadies im Ärmelkanal ein solches Abkommen über den Austausch in Steuerfragen nach OECD-Standards (ein so genanntes „Tax Information Exchange Agreement“, TIEA), abgeschlossen. Der Ansatz ist begrüßenswert: Immerhin 29 Milliarden Dollar und damit etwa 7% des Anlagevolumens auf Jersey stammt laut IWF aus Deutschland. Dass sich darunter auch einige Steuersünder befinden, darf angenommen werden. Nach der Ratifizierung des Abkommens durch das Parlament wird also in einem konkreten Verdachtsfall deutscher Behörden ein Informationsgesuch an Jersey übersandt und nach

entsprechender Prüfung durch die Behörden Jerseys soll Auskunft über den Fall gegeben werden, d.h. das Bankgeheimnis wird eingeschränkt. Jedoch: Es ist schwierig, belastbare Indizien für Steuerhinterziehung zu sammeln, bevor die Behörden des anderen Landes Auskunft geben. Vielmehr braucht man meistens zuerst diese Information, bevor sich ein Verdacht auftut. Welche Folgen dieses Prozedere haben kann, zeigt das Abkommen zwischen den USA und Jersey: 2001 haben die beiden Länder ein solches TIEA unterzeichnet, seitdem hat Jersey den USA ganze vier Auskünfte übermittelt. Es verwundert daher kaum, dass Jersey Finance, eine Agentur zur Förderung des Finanzplatzes Jersey, öffentlich mit den „strikten Kriterien“ wirbt, die vor der Erteilung einer solchen Auskunft erfüllt sein müssen.

Hier zeigt sich erneut, dass die OECD-Standards zwar besser sind als gar kein Abkommen, sie werden der Steuerflucht aber nicht den Garaus machen können. Sie dürfen daher nur als erster Fuß in der Tür verstanden werden, erforderlich ist mittelfristig ein lückenloser automatischer Informationsaustausch der Steuerbehörden in ganz Europa. Wir dürfen dabei nicht den Fehler machen, Datenschutz und Steuergerechtigkeit gegeneinander auszuspielen – denn wer in Liechtenstein oder Jersey dubiose Finanzkonstrukte füttert, der muss sich zu seiner Steuerehrlichkeit auch ein paar Fragen gefallen lassen.

Deutsche Banken müssen sich erklären

Das gilt im Übrigen nicht nur für Privatpersonen, sondern auch für deutsche Banken: Wer sich auf den Webseiten etwa der Deutschen Bank oder der Commerzbank inklusive ihrer neuen Tochter Dresdner Bank nach Sitzen im Ausland umschaute, findet ein Potpourri der weltweiten Steueroasen vor: Von den karibischen Cayman-Inseln

über Luxemburg bis nach Singapur befinden sich Dependancen oft genau da, wo die Steuern besonders niedrig und das Bankgeheimnis besonders hoch ist. Die Deutsche Bank betreibt sogar eine eigene Offshore-Tochterfirma mit dem Namen „Deutsche Bank International Ltd.“ (www.dboffshore.com).

Offensiv werben deutsche Banken auf ihren Seiten mit „attraktiven Steuergesetzen“, der „Einhaltung des strengen Bankgeheimnisses“ oder der „Zusammenarbeit mit Ihren Rechts- und Steuerberatern“ in Steueroasen. Nicht jede Aktivität in diesen Gebieten ist gleich Beihilfe zur Steuerhinterziehung, aber es ist hochgradig erklärungsbedürftig. Summiert man die ausgewiesenen Anlagevolumina der Commerzbank allein in den drei Steueroasen Jersey, Luxemburg und der Schweiz, sind das bereits rund 5% der Bilanzsumme der Bank. Die Deutsche Bank wiederum ist eine der größten Auslandsinstitute in der Schweiz und verwaltet von dort aus globale Vermögen in Höhe von ca. 35 Mrd. Euro. Das sind keine „Peanuts“ mehr. Es liegt jetzt an den Banken, ihre Praktiken in einschlägigen Steueroasen zu erklären und, wo geboten, zu beenden.

Der Druck muss erhöht werden

Dabei können wir allerdings nicht nur auf Freiwilligkeit setzen. Der US-Kongress hat es durch öffentlichen Druck auf die Schweizer Bank UBS bei einer Anhörung geschafft, dass sie ihre Geschäftspraxis im Bereich der Beratung vermögender Anleger verändert hat. Das muss auch in Deutschland gelingen. Und auch was den prinzipiellen Umgang mit ausländischen Banken angeht, können wir in Deutschland von diesem Fall lernen: Nach der Androhung des Lizenzentzuges ging es ganz schnell, dass

die UBS den US-amerikanischen Behörden die Daten Tausender amerikanischer Steuerpflichtiger übermittelte, die im Verdacht der Steuerhinterziehung stehen.

Zwar sind internationale Maßnahmen bei der Bekämpfung von Steuer- und Regulierungs-oasen nationalen Maßnahmen oder bilateralen Vereinbarungen vorzuziehen. Dennoch zeigt das Beispiel USA, dass wir endlich alle auf nationaler Ebene verfügbaren Instrumente nutzen müssen, damit die leider selten nachweisbare Mithilfe der Banken bei der Steuerflucht deutscher Bürger ein Ende hat. Andere EU-Staaten sind dabei ebenso am Zug, insbesondere diejenigen, die Steuerparadiese in ihren eigenen Einflussbereichen tolerieren. Insbesondere Großbritannien muss Druck auf die Kanalinseln, auf Gibraltar und auch auf einige Karibikinseln erhöhen. Ansonsten ist jedes öffentliche Bekenntnis Gordon Browns zur Bekämpfung der Steuerflucht nur heiße Luft.

Das Ziel ist, dem Unwesen der Steueroasen weltweit ein Ende zu bereiten. Das ist nicht nur ein Gebot zur Stabilisierung der Finanzmärkte, unter der das Thema zurzeit diskutiert wird. Es dient vor allem auch der Steuergerechtigkeit. Deswegen gilt es jetzt, die Dynamik aufrecht zu erhalten und wirksam zu nutzen, um substantielle Fortschritte zu erreichen.

Kerstin Andreae

Mitglied Wirtschaftsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71480
Fax 030/227-76481
kerstin.andreae@bundestag.de
www.kerstin-andreae.de

Mitarbeit: Rita Maria Lienesch (Büroleitung)
Michael Schröter, Mira Schirrmeister
(wissenschaftliche Mitarbeit)
WK: Holger Weber, David Vaulont
Haslacher Str. 61, Freiburg,
Tel. 0761/88867-13, Fax -8886714

Uschi Eid

Mitglied Auswärtiger Ausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71575
Fax 030/227-76233
uschi.eid@bundestag.de
www.uschi-eid.de

Mitarbeit: Manuel Hublitz (Afrika), Britta
Schöffel, Britta Müller (Auswärtige Kulturpoli-
tik), Hanna Hartwich (Wasserpolitik)
WK: Astrid Linnemann
Plochingen Str. 8, Nürtingen
Tel. 07022/37234, Fax -37321

Fritz Kuhn

Fraktionsvorsitzender
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71897
Fax 030/227 - 76896
fritz.kuhn@bundestag.de
www.fritz-kuhn.de

Mitarbeit: Marcus Becher (Büroleitung),
Boris Dehler, Astrid Evert, Klaus Müller,
Dr. Michael Münter (wissenschaftliche Mitar-
beit), Maja Nikolovska, Ramona Schiller
(Büro)
WK: Kai Dondorf
Rohrbacherstr. 39, Heidelberg,
Tel. 06221/167611, Fax -24908

Biggi Bender

Mitglied Ausschuss für Gesundheit
und Soziales
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71667
Fax 030/227-76667
birgitt.bender@bundestag.de
www.biggi-bender.de

Mitarbeit: Astrid Spiegel,
Annette Rausch, Fabian Engelmann
(wissenschaftliche Mitarbeit)
WK: Sandra Weber
Hermannstr. 5a, Stuttgart,
Tel. 0711/26346177, Fax -6151725

Winfried Hermann

Mitglied Sport- und Verkehrsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71949
Fax 030/227-76399
winfried.hermann@bundestag.de
www.winfriedhermann.de

Mitarbeit: Sabine Krüger (Umwelt & Verkehr),
Michael Baumbach (Sport),
Angela Kohls (Bahn & Verkehrspolitik)
WK: Jenny van Heeswijk, Chris Kühn,
Rümelinstr. 8, Tübingen,
Tel. 07071/252757, Fax -252559

Gerhard Schick

Mitglied Finanzausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-74535
Fax 030/227-76656
gerhard.schick@bundestag.de
www.gerhardschick.net

Mitarbeit: Gesine Gülker (Büroleitung)
Jakob Ache, Finn Gerlach, Jan Weder,
(wissenschaftliche Mitarbeit)
WK: Thomas Hornung, Damian Wiench
Waldhofstr. 4, Mannheim
Tel. 0621/4017252 Fax -8469

Alexander Bonde

Mitglied Haushaltsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71691
Fax 030/227-76991
alexander.bonde@bundestag.de
www.alexander-bonde.de

Mitarbeit: Thorsten Arzbach, Sebastian
Schäfer (wissenschaftliche Mitarbeit),
Ulrike Paschedag
WK: Marco Dieterle, Martin Kranz-Badri,
Karl-Friedrich-Str. 40, Emmendingen,
Tel. 07641/954545, Fax -954546

Sylvia Kotting-Uhl

Mitglied Ausschuss für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit,
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-74742
Fax 030/227-76742
sylvia.kotting-uhl@bundestag.de
www.kotting.uhl.de

Mitarbeit: Sibylle Centgraf, Rolf Gramm,
Nicoletta Salbach, Benjamin Zimmermann
WK 1: Inge Behner
Hauptstr. 41, Neckargemünd
T: 06223 /866423 Fax -866813
WK 2: Ulrike Maier
Sophienstr. 58, Karlsruhe
Tel. 0721/1518687 Fax -1518690

Ein Draht nach Berlin: SÜDWEST GRÜN

Seite 19



Foto: Deutscher Bundestag/Stephan Erfurt

SÜDWEST GRÜN wird als pdf-Datei versandt und kann mit dem Acrobat Reader geöffnet werden. Wer den Rundbrief regelmäßig beziehen will, kann sich durch eine Email an alexander.bonde@bundestag.de in den Verteiler aufnehmen lassen. Abbestellen könnt ihr auf dem gleichen Weg.

Alle Ausgaben von SÜDWEST GRÜN und weitere Informationen über die Landesgruppe Baden-Württemberg von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag sind nachzulesen unter www.suedwestgruen.de oder www.landesgruppe-bawue.de. Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden-Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein, wie wir es gerne möchten.

Daher seid ihr unser wichtigstes Bindeglied nach Hause und für uns ist es wichtig zu erfahren, was euch konkret „auf den Nägeln brennt“.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in engem Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin. Eure Ideen, euer Engagement sind ein wichtiger Beitrag zu unserer parlamentarischen Arbeit.

Mehr unter
www.gruene-fraktion.de

Rundbrief der baden-württembergischen Grünen im Bundestag

V. i. S. d. P.
Alexander Bonde MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Redaktion: Ulrike Paschedag
Tel. 030/227-71691
Fax 030/227-76991
E-Mail: alexander.bonde@bundestag.de
<http://www.alexander-bonde.de>

Südwest Grün | April 2009

